



Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung

51. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

19. Januar 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.25 Uhr bis 15.55 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

(TOP 1 s. APr 12/1483)

- 2 Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung zum Thema "Abwasser" am 10. November 1999: Erkenntnisse und Konsequenzen**

1

Vorlage 12/3145

in Verbindung damit

**Abwasserabgabe und Kleininleiterabgabe abschaffen, Gebühren senken,
Gewässerqualität erhalten**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/3732 und 12/4337

*) öffentlicher Teil mit TOP 1 s. APr 12/1483

Der Ausschuss verständigt sich darauf, über den CDU-Antrag am 15. März 2000 öffentlich zu beraten und abzustimmen.

3 Nicht-TASi-konforme Deponien in NRW: Standorte, Gebühren, Restkapazitäten/Restlaufzeiten

5

Vorlage 12/3146

Der Ausschuss diskutiert den mit Vorlage 12/3146 vorliegenden Bericht der Landesregierung.

4 Rahmenbedingungen zur Führung des Mengenstromnachweises für Selbstentsorger gemäß Verpackungsverordnung

8

Vorlagen 12/2999 und 12/3086

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

5 Gebrauchtholz-Recycling in NRW: anfallende Mengen, Behandlungs- und Entsorgungsmöglichkeiten, Rechtsgrundlage sowie Handlungsbedarf

9

Vorlage 12/3000

Dieser Tagesordnungspunkt wird in Verbindung mit Punkt 8 der Tagesordnung behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zu beiden Tagesordnungspunkten - Drucksachen 12/3000 und 12/3144 - ohne Aussprache zur Kenntnis.

6 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeits- und technischen Arbeitsschutzes (ZustVO ArbTG)

Vorlage 12/3055

9

Der Ausschuss nimmt die Verordnung zustimmend zur Kenntnis.

7 Umsetzungsbericht 1999 zum Klimabericht Nordrhein-Westfalen

10

Vorlage 12/3072

Auf die Bitte von Hans Peter Lindlar (CDU) sagt Ministerin Höhn zu, dem Ausschuss eine schriftliche Stellungnahme zum Klimabericht zukommen zu lassen, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Luftreinhaltung befasst.

8 Technische Anleitung Verwertung - Stand und weiteres Vorgehen in NRW

Vorlage 12/3144

10

Siehe TOP 5.

9 Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 der GO des Landtags zum Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen

11

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4475

Der Ausschuss beschließt, die Anhörung am 18. Februar 2000 um 10.00 Uhr durchzuführen. Die Liste der einzuladenden Sachverständigen wird einstimmig angenommen.

- 10 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes** 11
Vorlagen 12/3082 und 12/3135

Der Ausschuss stimmt der Verordnung einstimmig zu.

- 11 Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (2. Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)** 12
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4320
in Verbindung damit
Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes
Gesetzentwurf der CDU
Drucksache 12/3882

Der Punkt wird vertagt, um die Auswertung der Anhörung abzuwarten. Um vor der abschließenden Sitzung des federführenden Ausschusses am 15. März 2000 ein Votum abgeben zu können, wird als Termin für eine Sondersitzung des Umweltausschusses der 23. Februar 2000, 8.30 Uhr, festgelegt.

- 12 Verschiedenes** 12

Siehe Diskussionsteil.

11 Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (2. Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4320

in Verbindung damit

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Gesetzentwurf der CDU
Drucksache 12/3882

- wird vertagt -

12 Verschiedenes

Der **Vorsitzende** weist auf ein Schreiben des Umweltministeriums hin, in dem um Verständnis dafür gebeten werde, dass der Ministerin keine Auswertung der Anhörung zum Thema Wasserschutzgebietsentwürfe möglich sei. Gleichwohl sei die Ministerin aber gern bereit, bis zur 54. Sitzung des Ausschusses die wesentlichen Ergebnisse der Anhörung zusammenzustellen und die Auffassung der Landesregierung hierzu darzulegen.

Ministerin Höhn ergänzt, dieses Schreiben gehe auf eine Anforderung eines Abgeordneten des Landwirtschaftsausschusses an das Ministerium zurück. Das Ministerium könne wie bei der Anhörung zur Abwasserabgabe Schwerpunkte zusammenstellen und eine Bewertung der Landesregierung vornehmen. Diese Kombination sei möglich. Auch dem Umweltausschuss werde dieser Bericht dann zur Verfügung gestellt.

Der Umweltausschuss sei zum Thema Wasser federführend, betont **Johannes Rimmel (GRÜNE)**. Dieses Thema müsse zuerst im Umweltausschuss behandelt werden. Auf eine gewisse Schwierigkeit habe er bereits in der Anhörung hingewiesen. Es handle sich um die Verordnung einer untergeordneten Behörde, weshalb die Form der parlamentarischen Befassung zu klären sei. - **Hans Krings (SPD)** hält bei allen Schwierigkeiten den vorgeschlagenen Weg für geeignet, um zu einer Lösung zu kommen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) äußert, der CDU-Antrag Drucksache 12/4598 zum Thema Lärm sei größtenteils nicht kontrovers, weshalb sich eine gemeinsame Initiative des Ausschusses anbiete.